

Antrag an das Studierendenparlament Kiel, den 15.09.2025

Änderungsantrag: Statement gegen das „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ (WModG)

Antragsteller*innen:

Finja Heuer (Die Fachschaften), Emily Böhme (IJV), Moritz Willrodt (IJV)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Hochschulausschuss zu beauftragen, eine Stellungnahme gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu verfassen, in der begründet wird, dass die neue Pflichtmusterung gegen die Freiheit und Selbstbestimmung junger Menschen spricht und daher weiterhin dagegen protestiert werden muss. Des Weiteren soll sich in der Stellungnahme gegen jegliche Werbung und Präsenz der Bundeswehr, insbesondere bei Veranstaltungen wie Ersti- und Jobmessen, ausgesprochen und in diesem Sinne an Präsidium und Studentenwerk appelliert werden. Der AStA möge sich der in diesem Antrag geäußerten Position zur Wehrpflicht anschließen.

Antragsbegründung:

„Junge Menschen brauchen keine Ausbildung an der Waffe, sondern sozialen Wohnungsbau, ein funktionierendes Gesundheitssystem und eine selbstbestimmte Zukunft“¹

1 Kerstin Wolter, 2025

Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die geplanten Pflichtmusterungen ab 2027 stehen nicht im Interesse junger Menschen. Stattdessen sollte weiterhin eine emanzipierte Bildungspolitik gefördert werden, die Jugendlichen freie und selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Zukunft ermöglicht. Die Wehrpflicht widerspricht diesen Grundsätzen und steht zugleich den Interessen der CAU entgegen: Finanzielle Ressourcen, die in Militarisierung fließen würden, könnten sinnvoller in den Ausbau von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen investiert werden.